

## **Carte Blanche Volksstimme BL vom 20. Februar**

**von Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL**

### **Die vierte Gewalt**

Gewaltenteilung ist für eine funktionierende Demokratie unerlässlich. Wir können uns in der Schweiz zum Glück darauf verlassen, dass in unserem Staatswesen die gesetzgebende Gewalt (Parlament), die ausführende Gewalt (Regierung) und die rechtsprechende Gewalt (Gerichte) unabhängig voneinander funktionieren. In vielen Ländern ist die Gewaltenteilung nicht selbstverständlich.

Einen zentralen Beitrag dazu leisten die freien, öffentlichen und unabhängigen Medien. Sie werden als die vierte Gewalt im Staat bezeichnet. Zwar haben sie selbst keine Möglichkeit, die Gesetzgebung zu ändern oder Machtmissbrauch zu bestrafen. Aber sie beobachten kritisch, erstatten Bericht und lösen wichtige politische und gesellschaftliche Debatten aus. Sie haben eine Kontrollfunktion im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger. Als vierte Gewalt sind sie der Gradmesser für die Freiheit der BürgerInnen. Dafür aber, dass Medienschaffende ihre Aufgabe erfüllen können, brauchen sie genügend finanzielle Mittel aus unabhängiger Quelle. In der Schweiz sind dies die Billag-Gebühren.

Die Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren“ verlangt, dass die heute gebührenfinanzierten Radio- und Fernsehveranstalter künftig keine Empfangsgebühren mehr erhalten. Jede „Subventionszahlung“ soll unterbleiben. Die Initiative strebt damit eine rein marktwirtschaftliche Logik an. Die Folgen sehen wir schon heute: eine besorgniserregende Konzentration im Zeitungsgeschäft, krasse Abbaupläne bei der Schweizerischen Depeschagentur und Aufkäufe durch mächtige Medienkonzerne.

Die Annahme der No-Billag-Initiative würde bedeuten, dass neben der SRG auch 34 private Lokalradio- und Regional-TV-Sender mit öffentlichen Leistungsaufträgen betroffen wären. In der Region Basel stände Radio X vor dem Aus, Telebasel und Radio Basilisk müssten ihre Angebote massiv einschränken. Ihr heutiges Informationsangebot könnten sie nicht einfach aus mehr Werbeeinnahmen finanzieren. Denn unabhängige Nachrichten, kritische Recherchen und ein unabhängiges Korrespondentennetz kosten Geld. Der SRG-Standort Basel wäre hinfällig, die SRG selbst müsste liquidiert werden. Private Medienkonzerne könnten zwar einige Sender übernehmen. Da sie aber Geld verdienen müssen, verschwänden Sendungen für Sprachminderheiten oder Angebote für Menschen mit einer Hör- oder Sehbehinderung von der Bildfläche.

Bei einem Ja zur No-Billag-Initiative verlieren schliesslich auch Schweizer Film- und lokale Musikschaffende wichtige Fördergelder. Für viele kulturelle Projekte ist die Schweiz als Markt zu klein zum ökonomischen Überleben. Deshalb braucht es die Gebührensolidarität. Unser Land und unsere Demokratie sind zu wertvoll für kommerziellen Einheitsbrei.

Unabhängige Medien garantieren die kritische Auseinandersetzung zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind notwendig für den Zusammenhalt zwischen den Landesteilen und fördern den Dialog zwischen den Bevölkerungsschichten. Deshalb zielen die Initianten in Wirklichkeit auf die vierte Gewalt der direkten Demokratie. Lassen wir das auf keinen Fall zu!